Asylbewerberleistungsgesetz: AsylbLG

Siefert

3. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-81207-1
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

zB durch das jeweilige Landesausführungsgesetz zum AsylbLG Regelungen geschaffen werden, die eine landesweit gleichmäßige Handhabung sicherstellen. Als Geldleistung ist nur anzusehen, was tatsächlich als Bargeld abgehoben werden kann.

Die Behörden haben daher im Rahmen des ihnen zustehenden **Ermessens** 22 zwischen systematisch einander gleichwertigen Formen der Leistungserbringung zu entscheiden. Die leistungsberechtigte Person hat einen Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung (§ 40 VwVfG). Lediglich im Fall der Ermessensreduktion auf Null, wenn also nur eine Entscheidung (zB die Auszahlung von Geld in einer bestimmten Höhe) ermessensfehlerfrei erfolgen kann, besteht ein Anspruch auf eine bestimmte Form der Leistungserbringung. Gesichtspunkte, die dieses Ermessen leiten können, lassen sich der Begründung zu den Änderungen des § 3 nicht entnehmen (vgl. Ausschussbegründung BT-Drs. 20/11006 S. 102). Lediglich in den Vormerkungen (BT-Drs. 20/11006 S. 101) werden Gründe der Verwaltungsvereinfachung gegenüber der Barauszahlung von Leistungen aufgeführt (zu Analogleistungsberechtigten → § 2 Rn. 111 ff). Hinsichtlich der Form der Leistungserbringung durch die Bezahlkarte trifft dies im Vergleich zur verwaltungsaufwändigen Barauszahlung von Leistungen, die bislang nach § 3 Abs. 5 AsylbLG der Regelfall war, vermutlich vielfach zu. Die Einführung der Bezahlkarte, einer guthabenbasierten Karte mit Debit-Funktion (ohne Kontobindung) soll Einreise- und Bleibeanreize nach bzw. in Deutschland verringern (BT-Drs. 20/8729; BT-Plenarprotokoll 20/128, S. 16011C-16022D). Zudem soll die Möglichkeit unterbunden werden, Geld, das zur Sicherung der Existenz in Deutschland gezahlt wird, in die Herkunftsländer zu überweisen. Über solche Rück- bzw. Heimatüberweisungen liegen zum einen keine (validen) Daten vor (BT-Drs. 20/10292, S. 34). Zum anderen kann mit dieser Argumentation tatsächlich nur dann die Entscheidung zur Ausgabe der Bezahlkarte begründet werden, wenn im konkreten Einzelfall Anhaltspunkte für eine entsprechende Verwendungsabsicht, also eine zweckwidrige Mittelverwendung, bestehen.

Die Ermessensentscheidung ist zu **begründen** (§ 39 VwVfG; SG Hamburg 18.7.2024 – S 7 AY 410/24 ER, BeckRS 2024, 17896; SG Nürnberg 30.7.2024 – S 11 AY 15/24 ER, BeckRS 2024, 18842; SG Nürnberg 30.7.2024 – S 11 AY 18/24 ER, BeckRS 2024, 18843; SG München 18.9.2024 – S 16 AY 68/24 ER, BeckRS 2024, 24614). Bei einem Wechsel von Geldleistungserbringung in eine andere Form (zB Bezahlkarte, Sachleistung) handelt es sich trotz im Ergebnis gleicher Leistungshöhe um einen VA, der in die Rechte des Betroffenen eingreift, so dass vor seinem Erlass eine Anhörung erforderlich ist (§ 28 Abs. 1 VwVfG; zu § 2 → § 2 Rn. 112). Denn zumindest ist die Form der Leistungserbringung eine andere und angesichts der fehlenden freien Entscheidungsmöglichkeit über den Einsatz von Barmitteln auch mit einer Belastung im Vergleich zum früheren Status verbunden. Formal bedarf es zur Änderung der Leistungsform der (teilweisen) Aufhebung des Bewilligungsbescheids nach § 48 SGB X.

Nicht gesetzlich geregelt ist deshalb auch, ob (und in welcher Höhe) eine **Obergrenze für Bargeldabhebungen** mit dem Einsatz der Bezahlkarte verbunden werden kann. Sieht man die Mischleistungserbringung als (verfassungsrechtlich) zulässig an – wovon auszugehen ist, nachdem das BVerfG die Bedarfsdeckung durch Geldleistungen, Sach- oder Dienstleistungen verfassungsrechtlich nicht beanstandet (BVerfG v. 18.7.2012 – 1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11, NVwZ 2012, 1024 – dürften sich im Grundsatz rechtliche Probleme allein daraus, dass nicht

der gesamte Bedarf durch den Einsatz von Bargeld gedeckt werden kann, nicht ergeben. Sicherzustellen ist allerdings, dass die entstehenden und normativ anerkannten Bedarfe mit den zur Verfügung gestellten Mitteln (Geld, Bezahlkarte, Wertgutscheine etc) gedeckt werden können. Dabei erstreckt sich das auszuübende **Ermessen** auch auf die **Höhe** möglicher Bargeldabhebungen. Es bedarf also auch insoweit immer einer Verwaltungsentscheidung im Einzelfall, mit der begründet wird, dass die Bedarfe in der gewählten Form/den gewählten Formen gedeckt werden können und auch individuelle Belange eine höhere Bargeldobergrenze nicht rechtfertigen.

- 25 Mit Blick auf die mit der Bezahlkarte verfolgten Ziele steht jedoch zu erwarten, dass einzelne Leistungsträger **weitere Einschränkungen** verfügen, zB eine Beschränkung der Bezahlfunktion auf Geschäfte am Unterkunftsort (vgl. dazu auch jurisPK-SGB XII/Frerichs AsylbLG, § 3 Rn. 138.15). (Rechtliche) Probleme wird der Einsatz der Bezahlkarte auch in Situationen aufwerfen, in denen beispielsweise der als Bargeld zur Verfügung stehende Betrag ausgegeben ist, in bestimmten Geschäften oder auf Märkten bzw bei Privatpersonen, wo kostengünstig eingekauft werden kann, die Bezahlkarte aber nicht eingesetzt werden kann oder darf. In diesem Fall hat die leistungsberechtigte Person einen Antrag auf Auszahlung von Bargeld zu stellen und zu begründen. Die Ablehnung eines Antrags auf weitere Bargeldgeldauszahlungen kann dazu führen, dass die Leistungsbeziehenden auf teurere Einkaufsquellen zurückgreifen müssen und damit im Ergebnis mit den ohnehin (im Verhältnis zum SGB II und SGB XII) geringeren Leistungen ihr Existenzminimum noch schwieriger decken können. § 3 Abs. 3 Satz 6, der die ersatzweise Erbringung von Geldleistungen für die **notwendigen persönlichen Bedarf** bzw. Haushaltsenergie vorsieht, kann insoweit in unmittelbarer Anwendung zur Sicherung des notwendigen Bedarfs nicht herangezogen werden (→ Rn. 47). Der Einsatz von Bezahlkarten verschärft im Ergebnis die ohnedies bestehende Problematik aufgrund der niedrigeren Bedarfssätze im AsylbLG: die diesen Bedarfssätzen als Pauschalbeträge innewohnende Möglichkeit zu entscheiden, wofür die Leistungen eingesetzt werden, verringert sich noch einmal mehr (dazu auch Gerloff, Asylmagazin 2024, 148, 152 f).
- 26 Im Umkehrschluss aus Satz 2, wonach der Bedarf für Unterkunft, Heizung und Hausrat sowie für Wohnungsinstandhaltung und Haushaltsenergie unter bestimmten Voraussetzungen gesondert als Geld- oder Sachleistung oder mittels Bezahlkarte erbracht wird, kann sich **systematisch** S. 1 weiterhin nur auf die Bedarfe für **Ernährung, Kleidung** und **Gesundheitspflege** beziehen.
- 27 Der (neben Ernährung und Kleidung) von Satz 1 erfasste Bedarf für „Gesundheitspflege“ ist nicht zwingend mit dem Leistungsanspruch nach § 4 gleichzusetzen: Das aus verfassungsrechtlichen Gründen zwingend gebotene, existenzsichernde Niveau einer „**Gesundheitspflege**“ wird zwar regelhaft – vor dem Hintergrund der besonderen Lebensumstände des betroffenen Personenkreises – lediglich das Niveau einer Akutversorgung auf Grundlage des § 4 erreichen müssen. Zur Gesundheitspflege gehört aber auch eine weitergehende Behandlung, die ggf. über § 6 zu decken ist (→ § 6 Rn. 15). **Mittel der Körperpflege** sind zB Creme, Rasierschaum, Kamm oder Zahnpasta, Hygieneartikel. Diese sind seit 1.3.2015 (→ Rn. 6) nicht mehr Bestandteil des notwendigen Bedarfs, sondern dem notwendigen persönlichen Bedarf zugeordnet (BT-Drs. 18/2595, 22) und daher nach § 3 Abs. 3 S. 5 durch die Bezahlkarte oder als Geldleistung zu erbringen.

2. Bedarfe für Unterkunft, Heizung, Hausrat, Wohnungsinstandhaltung, Haushaltsenergie (Abs. 3 Satz 2)

a) **Allgemeines.** Mit dem **Dritten Gesetz zur Änderung des AsylbLG** 28 (→ Rn. 10) ist die Reihe der Bedarfe, die gesondert als Geld- oder Sachleistung zu erbringen sind, erweitert worden. Bis dahin erstreckte sich die Ermächtigung auf die Bedarfe für **Unterkunft, Hausrat und Heizung**. Nunmehr werden auch Bedarfe für Wohnungsinstandhaltung und Haushaltsenergie gesondert erbracht und damit alle von Abteilung 4 der EVS 2018 erfassten Bedarfspositionen von der Ermächtigung gedeckt. Die Regelung wurde zudem **verschärft**: die Bedarfe sind nur zu erbringen, soweit sie **notwendig und angemessen** sind. Die Antragstellung und Bearbeitung mit Einzelfallprüfung bedeutet im Grundsatz einen erheblich erhöhten Verwaltungsaufwand für die Behörden und eine Unsicherheit für die Leistungsberechtigten. Der Spielraum für das selbständige Wirtschaften wurde damit weiter eingeschränkt (Genge, Beilage zum ASYLMAGAZIN 8–9/2019, 16; zum Erfüllungsaufwand für die Verwaltungen vgl. auch Stellungnahme des Normenkontrollrats zum Dritten Gesetz zur Änderung des AsylbLG, BT-Drs. 19/10052, 31). Zur Begründung dieser Umstellung führte der Gesetzgeber aus (BT-Drs. 19/10052, 20), dass diese Änderung auf die Neufestlegung der Geldbeträge für den notwendigen Bedarf in § 3a Abs. 2 aufsetze, die unter Abzug der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben für Strom und Wohnungsinstandhaltung bemessen und entsprechend abgesenkt würden. Durch die Ergänzung des Abs. 3 S. 2 um diese Bedarfe werde sichergestellt, dass sie künftig gesondert erbracht würden und die Kürzung der Geldbeträge nicht zu einer „Bedarfskürzung“ führe (gemeint ist wohl eher eine Leistungskürzung). Mit den Leistungseinschränkungen „soweit notwendig und angemessen“ soll klargestellt werden, dass auch die gesondert erbrachten Bedarfe nur in notwendigem und angemessenem Umfang zu decken seien. Sofern Haushaltsstrom im Einzelfall durch Geldleistungen gesondert erbracht werde, könnten die Leistungsberechtigten die Kosten für Strom nur noch insoweit geltend machen, als diese tatsächlich angefallen und angemessen seien.

b) **Unterkunft.** Nach Abs. 3 S. 2 wird bei einer Unterbringung außerhalb von 29 Aufnahmeeinrichtungen (dh in Gemeinschaftsunterkünften oder Wohnungen) der Bedarf für Unterkunft, Heizung und Hausrat gesondert als Geld- oder Sachleistung oder mittels Bezahlkarte erbracht. Der Frage, in welcher Form Unterkunftsbedarfe nach § 3 zu decken sind, geht die ausländerrechtliche Zuweisung einer Unterkunft nach Maßgabe asyl- und aufenthaltsrechtlicher Vorschriften vor. Dies betrifft nicht nur die Zeit der Wohnverpflichtung in einer Aufnahmeeinrichtung (§ 47 AsylG), sondern auch die Zeit nach Ende der Wohnverpflichtung. So bestimmt beispielsweise § 60 Abs. 2 AsylG, dass ein Ausländer, der nicht oder nicht mehr verpflichtet ist, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, und dessen Lebensunterhalt nicht gesichert ist, verpflichtet werden kann, in einer bestimmten Gemeinde, in einer bestimmten Wohnung oder Unterkunft zu wohnen oder in eine bestimmte Gemeinde, Wohnung oder Unterkunft umzuziehen oder in dem Bezirk einer anderen Ausländerbehörde desselben Landes seinen gewöhnlichen Aufenthalt und Wohnung oder Unterkunft zu nehmen. Über die Rechtmäßigkeit einer ausländerrechtliche Zuweisungsentscheidung (§§ 50, 51 AsylG) entscheiden die Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit (§ 40 VwGO).

Die leistungsrechtlichen Folgen knüpfen an die ordnungsbehördliche Entscheidung 30 an. Fehlt es zB an der – ordnungsbehördlichen – Zuweisung einer bestimm-

ten Wohnung, kann die Leistungsbehörde nach ihrem Ermessen den Unterkunftsbedarf entweder durch die Zurverfügungstellung einer Wohnung oder eines Zimmers in einer Gemeinschaftsunterkunft (Sachleistung) oder durch die Erstattung der Mietkosten (Geldleistung/Bezahlkarte) decken (vgl. zum Ganzen auch jurisPK-SGB XII/Frerichs AsylbLG 4. Aufl 2024, § 3 Rn. 155 ff.; zur Frage, unter welchen Voraussetzungen eine über Einkommen verfügende leistungsberechtigte Person an den Kosten ihrer Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft beteiligt werden kann vgl. nur SG Berlin 18.3.2024 – S 90 AY 126/21, BeckRS 2024, 17052). Erbringt der Leistungsträger Unterkunft und Heizung nach Ermessen im Wege einer gebührenpflichtigen Anschlussunterbringung durch die Ortspolizeibehörde auf ordnungsrechtlicher Grundlage, sind die vom Leistungsberechtigten dafür geschuldeten Gebühren unabhängig von ihrer Rechtmäßigkeit (also zB bei Rechtswidrigkeit der zugrundeliegenden Gebührensatzung) in voller Höhe als Leistungen nach dem AsylbLG zu übernehmen (SG Freiburg 2.10.2020 – S 9 AY 2743/19, BeckRS 2020, 41612; bestätigt durch VGH Mannheim 8.7.2022 – 2 S 3968/20, BeckRS 2022, 20097 – Rn. 79 ff.: abzustellen sei auf die „tatsächlichen Aufwendungen“).

- 31 Wird Wohnraum angemietet, stellt sich die Frage, welcher Wohnbedarf **notwendig** und **angemessen** ist. Dies gestaltet das Gesetz nicht weiter aus. Zur Auslegung der vom Gesetzgeber verwandten unbestimmten Rechtsbegriffe „notwendig und angemessen“ (zur auch verfassungsrechtlich gebotenen Konkretisierung des Angemessenheitsbegriffs vgl. BVerfG 10.10.2017 – 1 BvR 617/14, NJW 2017, 3770) ist von den zu § 22 SGB II bzw. § 35 SGB XII entwickelten Kriterien für sozialhilferechtlich angemessenen Wohnraum auszugehen (aA jurisPK-SGB XII/Frerichs AsylbLG, § 3 Rn. 161 ff.; Grube/Wahrendorf/Flint/Leopold, SGB XII/AsylbLG, § 3 Rn. 28) Der Wortlaut der Regelung bietet keinen Ansatzpunkt dafür, dass der Gesetzgeber mit dem Begriff „notwendig“ einen Standard unterhalb der Angemessenheit beschreiben wollte. Deshalb ist im Asylbewerberleistungsrecht **abstrakt angemessen** das, was auch für Bezieher anderer existenzsichernder Leistungen angemessen ist. Bei der Prüfung der **konkreten Angemessenheit** sind sodann in einem zweiten Schritt Gesichtspunkte zu würdigen, die sich typisiert, aber vor allem bezogen auf den konkreten Einzelfall, aus dem nur vorübergehenden Aufenthalt in der Bundesrepublik ergeben und damit ggf. auch – beispielsweise wegen einer nur kurzen Aufenthaltsdauer – einen Standard rechtfertigen können, der unterhalb des sozialhilferechtlich Angemessenen liegt (zur Prüfungssystematik im SGB II zusammenfassend vgl. nur BSG 30.1.2019 – B 14 AS 24/18 R – BSGE 127, 214 Rn. 19 ff). Zur Angemessenheit der Unterkunftskosten bei gemischter Bedarfsgemeinschaft während einer Karenzzeit → Rn. 46.
- 32 Stellt sich im Ergebnis der Prüfung heraus, die tatsächlichen Kosten der Unterkunft sind zu hoch, dh unangemessen, sieht § 3, abweichend von § 35 Abs. 2 SGB XII, ein **Kostenenkungsverfahren** nicht vor. Zugleich wird es der leistungsberechtigten Person regelhaft nicht möglich sein, sofort in kostenangemessenen Wohnraum umzuziehen – es sei denn, die Behörde weist entsprechenden Wohnraum zu. In diesen Fällen ist es zumindest bis zum Ablauf der mietvertraglichen Kündigungsfrist **notwendig**, zur Sicherung des Grundbedürfnisses Wohnen die tatsächlichen Kosten der Wohnung zu übernehmen (im Einzelnen → Rn. 43).
- 33 Zweifelsfragen entstehen auch bei anderen Kosten, die mit der Anmietung von Wohnraum einhergehen, insbesondere bei der Frage, ob **Mietkautionen** zu übernehmen sind. § 3 Abs. 3 Satz 1 erfasst nicht nur laufende Kosten der Unter-

kunft und Heizung, so dass auch einmalige Kosten von der Regelung erfasst sind. Da ohne Zahlung einer Mietkaution regelmäßiger Wohnraum nicht angemietet werden kann, sind die Kosten im Grundsatz auch als notwendig anzusehen und – übersteigen sie drei Monatsmieten nicht – angemessen (aA jurisPK-SGB XII/Frerichs AsylbLG § 3 Rn. 166, der auf eine ausnahmsweise Übernahme in Sonderfällen nur nach Maßgabe des § 6 Abs. 1 Satz 1 verweist). Problematisch ist allerdings, dass §§ 3, 3a keine Ermächtigungsgrundlage für eine nur darlehensweise Leistungsgewährung vorsehen (anders zB § 35a Abs. 2 Satz 5 SGB XII) und Mietkautionen nach dem Auszug wieder an den Mieter zurückzuzahlen sind. Eine gesonderte Ermächtigungsgrundlage für eine lediglich darlehensweise Leistung wäre aber erforderlich, wollte man ein „Mietkautionsdarlehen“ gewähren (BSG 28.2.2013 – B 8 SO 4/12 R, NZS 2013, 518). Einer darlehensweisen Leistungsgewährung (auch bei unterstellter Ermächtigung) stünde jedoch auch entgegen, dass die Grundleistungen ihrer Höhe nach ohne echte Ansparoptionen/-erwartungen bemessen werden (vgl. den Vermögensschonbetrag nach § 7 Abs. 5; zum notwendigen persönlichen Bedarf vgl. BT-Drs. 18/7538 S. 20 ff), dh den Leistungsbedürfnis fehlte es während des laufenden Bezugs typisierend an der Möglichkeit der ratenweise Darlehensrückführung (zur Rechtslage im SGB XII vgl. § 35a Abs. 2 Satz 6 SGB XII). Eine denkbare Lösung wäre daher die **zuschussweise Gewährung unter Abtretung des Rückzahlungsanspruchs** vom Vermieter – oder alternativ die **Direktzahlung** der Behörde an den Vermieter (Satz 4). Dies hätte zumindest den Vorteil, dass beim Auszug des Mieters die Kaution unmittelbar an die Behörde zu zahlen wäre. Das Risiko, dass der Vermieter einen Teil der Kaution beim Auszug wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Schäden einbehält, besteht jedoch fort (im Einzelnen auch → Rn. 33).

Umsatzkosten dürften ebenfalls zu den notwendigen Kosten der Unterkunft zu zählen sein. **Makerkosten** entstehen beim Mieter nur, wenn er einen Makler beauftragt hat (§ 2 Abs. 1a Wohnungsvermittlungsgesetz). Entsprechende Kosten dürften aber nur im Rahmen des § 6 Abs. 1 Satz 1 übernahmefähig sein. 34

Der Bedarf für Unterkunft (auch einmaliger Unterkunftskosten wie zB die Kaution, → Rn. 33) und Heizung kann nach Satz 4 auch als Direktzahlung in entsprechender Anwendung des § 35a Abs. 3 SGB XII an den Vermieter oder andere Empfangsberechtigte erfolgen. Diese Form der Leistungserbringung sieht § 35a Abs. 3 Satz 2 SGB XII im Regelfall („sollen“) vor, wenn die **zweckentsprechende** Verwendung der Leistung nicht sichergestellt ist. Erforderlich ist insoweit eine Prognoseentscheidung, die sich auf tatsächliche Umstände stützen muss. Als **Regelbeispiele** werden in § 35a Abs. 3 Satz 3 Nr. 1 bis 4 SGB XII aufgeführt das Bestehen von Mietrückständen, die zu einer außerordentlichen Kündigung des Mietverhältnisses berechtigen (Nr. 1), das Bestehen von Energiekostenrückständen, die zu einer Unterbrechung der Energieversorgung berechtigen (Nr. 2), konkrete Anhaltspunkte für ein krankheits- oder suchtdingtes Unvermögen der leistungsberechtigten Person bestehen, die Mittel zweckentsprechend zu verwenden (Nr. 3) oder konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die im Schuldnerverzeichnis eingetragene leistungsberechtigte Person die Mittel nicht zweckentsprechend verwendet (Nr. 4). Durch die Bezugnahme auf den gesamten § 35a Abs. 3 SGB XII ist auch die Möglichkeit gegeben, in entsprechender Anwendung des § 35a Abs. 3 Satz 1 SGB XII die **Direktzahlung auf Antrag der leistungsberechtigten Person** vorzunehmen. 35

Neben der Direktzahlung an den Vermieter sieht die Regelung auch die Direktzahlung an „**andere Empfangsberechtigte**“ vor. Dabei dürfte es sich im Regel- 36

fall um Energieversorgungsunternehmen (vgl. BT-Drs. 20/3873, 112 zu § 35 SGB XII) handeln, an die die Kosten für die Heizung gezahlt werden dürfen.

- 37 In einer Gemeinschaftsunterkunft** ist die Unterbringung in Mehrbettzimmern wie auch die gemeinsame Nutzung von Sanitäranlagen (nach Geschlechtern getrennt), Küche und Aufenthaltsräumen nicht per se und damit in jedem Fall konkret unangemessen. Zeichnet sich jedoch ein längerer Aufenthalt in der Bundesrepublik ab, zB weil Rechtsmittel gegen eine ablehnende Asylentscheidung eingelegt werden und nicht absehbar ist, wann darüber entschieden wird, oder stehen gesundheitliche oder sonstige Gründe einer Ausreise bzw. Abschiebung auf absehbare Zeit entgegen, kann auch die Zuweisung eines anderen, größeren oder zur Alleinnutzung vorgesehenen Wohnraums erforderlich werden, um den notwendigen Unterkuftsbedarf zu decken. Auf unterschiedliche Kulturen, insbesondere aber eine angemessene Unterbringung schutzbedürftiger Frauen (mit oder ohne Kinder) ist zur Sicherstellung der Angemessenheit der Unterkunft immer zu achten.
- 38** Im Konfliktfall wird die Behörde einem Leistungsberechtigten die Gewährung von Geldleistungen bzw. die Kostendeckung im Wege der Bezahlkarte für eine selbstgesuchte Unterkunft, die im konkreten Einzelfall kostenangemessen ist, ermessensfehlerfrei nicht mit dem Argument verwehren können, eine von ihr als Sachleistung bereitgestellte, adäquate Wohnung sei kostengünstiger. Dies dürfte dem Selbstbestimmungsrecht der Leistungsberechtigten außerhalb gesetzlich vorgeschriebener Wohnverpflichtungen widersprechen (aA Cantzler AsylbLG § 3 Rn. 79; Frerichs, jurisPK SGB XII, AsylbLG § 3 Rn. 173).
- 39 c) Heizung.** Von der Prüfung der Angemessenheit der Unterkunft zu trennen ist die Prüfung der Angemessenheit der **Heizkosten**. Auch insoweit findet sich kein eigener Maßstab im AsylbLG. Daher ist ebenfalls entsprechend der für das SGB XII/SGB II durch die Rechtsprechung entwickelten Kriterien zu bestimmen, welcher Heizbedarf angemessen ist, weil es an (abweichenden) normativen Anknüpfungspunkten im AsylbLG (→ Rn. 5, 26) fehlt (so auch jurisPK-SGB XII/Frerichs AsylbLG § 3 Rn. 36; Grube/Wahrendorf/Flint/Leopold AsylbLG § 3 Rn. 32). Danach ist ein konkret-individueller Maßstab anzulegen und deshalb eine Pauschalierung der Heizkosten in Form eines Betrages pro qm unzulässig (vgl. zu den Maßstäben zuletzt BSG 19.5.2021 – B 14 AS 57/19 R). Eklatant kostspieliges oder unwirtschaftliches Heizen wird deshalb auch im AsylbLG vom Leistungsanspruch nicht mehr umfasst. Anhaltspunkte dafür, dass die Heizkosten unangemessen hoch sind, können sich insbesondere daraus ergeben, dass die tatsächlich anfallenden Kosten die durchschnittlich aufgewandten Kosten aller Verbraucher für eine Wohnung der entsprechenden Größe signifikant überschreiten. Zur Bestimmung eines solchen Grenzwertes kann dabei auf „Kommunale Heizspiegel“ bzw. den „Bundesweiten Heizspiegel“ zurückgegriffen werden (vgl. <http://www.heizspiegel.de>).
- 40 d) Hausrat.** Als Geld- oder Sachleistung bzw. in Form der Bezahlkarte gesondert erbracht wird zudem „**Hausrat**“. Dadurch sollen die in Abteilung 5 der EVS (Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände) als regelbedarfsrelevant anerkannten Verbrauchspositionen abgedeckt werden, die (deshalb) bei der Bemessung der Geldleistungen zur Deckung des notwendigen Bedarfs nicht berücksichtigt worden sind (BT-Drs. 18/2592, 24). Gemäß der EVS 2018 entfallen auf die Abteilung 5 die Bedarfe für Möbel- und Einrichtungsgegenstände, Teppiche und elastische Bodenbeläge, Kühl- und Gefriermöbel, sonstige größere

Haushaltsgeräte, kleine elektrische Haushaltsgeräte, Heimtextilien, sonstige Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung, Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung und Dienstleistungen für die Haushaltsführung (Statistisches Bundesamt, Fachserie 15, Heft 7, EVS 2018). Abs. 3 S. 3 erklärt Abs. 2 S. 3 für entsprechend anwendbar, dh Gebrauchsgüter des Haushalts können auch außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen **leihweise** zur Verfügung gestellt werden.

3. Wohnungsinstandhaltung und Haushaltsenergie

Durch das Dritte Gesetz zur Änderung des AsylbLG ist die Regelung über die gesonderte Erbringung der Bedarfe für Unterkunft, Heizung und Hausrat um die Leistungen für Wohnungsinstandhaltung und Haushaltsenergie ergänzt worden. Verbunden damit war die Senkung der Bedarfssätze zur Deckung des notwendigen Bedarfs nach § 3 Abs. 1 S. 1 iVm § 3a Abs. 2 um die gesamten Verbrauchsausgaben der Abteilung 4 der EVS (Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung). Damit sollte dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Leistungsberechtigte in der Anfangszeit ihres Aufenthalts auch im Anschluss an die Unterbringung in Aufnahmeeinrichtungen grundsätzlich in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, in denen ihnen nicht nur die Heiz-, sondern auch die Haushaltsenergie regelmäßig – als Sachleistung – bereitgestellt wird. So sollen Doppelleistungen vermieden werden (BT-Drs. 19/10052, 26). Die Leistungen können in Form von Geld- oder Sachleistungen oder der Bezahlkarte erbracht werden. Die Wahl der Form steht im **Ermessen** des Leistungsträgers.

Für den Bereich des SGB II hat sich das BSG für die Frage, welche Aufwendungen als Kosten für die **Wohnungsinstandhaltung** zu fassen sind, der zivilgerichtlichen Rechtsprechung insbesondere zu § 535 BGB angeschlossen (BSG 19.3.2008 – 11b AS 31/06 R, FEVS 60, 268). Danach bedeutet Instandhaltung die Erhaltung des vertrags- und ordnungsgemäßen Zustandes der Mietsache, also die Beseitigung der durch Abnutzung, Alter und Witterungseinwirkungen entstehenden baulichen und sonstigen Mängel (BGH 6.4.2005 – XII ZR 158/01, NJW-RR 2006, 84), also Maßnahmen zur Beseitigung von Mängeln, die durch vertragsgemäßen Gebrauch entstanden sind (sog. Schönheitsreparaturen, vgl. zum Begriff BGH 5.10.1994 – XII ZR 15/93, NJW-RR 1995, 123 bzw. Erhaltungsaufwand, BSG 18.9.2014 – B 13 AS 48/13 R, BeckRS 2015, 65733), wie etwa Tapezieren oder Streichen von Wänden und Decken oder Heizkörpern (EVS Abteilung 4, lfd. Nr. 16 und 18). Grundsätzlich obliegt es nach § 535 Abs. 1 S. 2 BGB dem Vermieter, die Mietsache während der Mietzeit in einem zum vertragsgemäßen Gebrauch geeigneten Zustand zu erhalten; die Kosten können aber unter bestimmten Umständen durch Vertrag dem Mieter auferlegt werden. Anhaltspunkte dafür, dass im AsylbLG bei einer Unterbringung außerhalb einer Aufnahmeeinrichtung andere Maßstäbe gelten könnten, bestehen nicht. Welcher Aufwand insoweit „notwendig und angemessen“ ist, beurteilt sich folglich ebenfalls nach mietvertraglichen Maßstäben. Das, was der Leistungsberechtigte auf Grundlage einer zivilrechtlich wirksamen Vereinbarung einem Vermieter an Erhaltungsaufwand schuldet, ist auch sozialleistungsrechtlich „notwendig und angemessen“ iSd § 3 Abs. 3 S. 2.

Da nicht nur die Kosten für **Haushaltsenergie**, sondern die gesamten Stromkosten nach Abteilung 4 (lfd. Nr. 15) gesondert erbracht werden, ist eine Differenzierung nach Haushaltsenergie und sonstigen Stromkosten nicht erforderlich. Die vom Gesetzgeber befürchtete „Doppelleistung“ kommt allerdings nur in den Fäl-

len in Betracht, in denen der Leistungsträger im Wege der Sachleistung eine Unterkunft zur Verfügung stellt und eine gesonderte Zahlung von „Nebenkosten“ in einem entsprechenden Miet- oder Nutzungsvertrag nicht vereinbart ist. In jedem anderen Fall führt diese Regelung im Ergebnis dazu, dass sich der pauschale Bedarf für den notwendigen Lebensunterhalt spürbar verringert (in Bedarfsstufe 1 entspricht die Herausnahme der gesamten Kosten der Abteilung 4 monatlich derzeit rund 47 Euro) mit der Konsequenz noch geringerer wirtschaftlicher Spielräume (dazu im Einzelnen → § 3a Rn. 25). Entsprechende Energiekosten müssen gesondert beantragt und nachgewiesen werden. Zudem hat – anders als im Fall der Deckung durch Leistungen für den notwendigen Bedarf – eine Angemessenheitsprüfung in jedem Einzelfall zu erfolgen. Zur Form der Leistungserbringung für Haushaltsenergie nach Satz 6 → Rn. 47.

- 44 Keine Regelung findet sich für den Fall, dass laufende Kosten für Unterkunft, Heizung und Haushaltsenergie **unangemessen** hoch sind. Da § 3 ein Kostensenkungsverfahren bei unangemessen teurem Wohnraum, vergleichbar § 35 Abs. 2 S. 4 SGB XII, nicht vorsieht, dürften unangemessen hohe Kosten nur bis zum Ende der Kündigungsfrist zu erstatten sein (→ Rn. 30). Kann der Leistungsberechtigte zB die Unterkunftskosten in dieser Zeit nicht senken, führt die Regelung in S. 2, wonach nur die angemessenen Kosten zu übernehmen sind, im Regelfall zum Entstehen von Schulden. Allerdings fehlt es bereits an einem finanziellen Spielraum bzw. einer Ansparobliegenheit, die es erlauben würde, auch nur vorübergehend Wohnkosten (aus dem Bedarfsatz) durch Einsparungen an anderer Stelle zu decken (→ Rn. 31). Zudem findet sich, anders als im SGB II und SGB XII, im AsylbLG keine Regelung, wonach die Angemessenheitsgrenze übersteigende Bedarfe so lange anzuerkennen sind, wie es dem Leistungsberechtigten nicht möglich oder nicht zuzumuten ist, durch einen Wohnungswechsel oder auf andere Art die Kosten zu senken (zB § 22 Abs. 1 S. 3 SGB II bezüglich Unterkunft und Heizung; § 35 Abs. 2 S. 2 SGB XII bzgl. Unterkunftskosten). Ebenso fehlt eine Regelung, wie bei **Mietschulden** oder **Schulden beim Energieversorger** zu verfahren ist. In allen Fällen sind allerdings Leistungen nach § 6 („sonstige Leistungen“) im Einzelfall zu gewähren (→ § 6 Rn. 16), weil die Sicherung des „Dach über dem Kopf“ mitsamt der dafür notwendigen Infrastruktur (Heizung, Strom etc) zur Sicherung des Lebensunterhalts und – zur Vermeidung von Obdachlosigkeit – zur Sicherung der Gesundheit unerlässlich sind. Von einer Gefährdung dieser existenziellen Rechtsgüter ist jedenfalls dann auszugehen, wenn ohne Schuldentilgung der Verlust der Wohnung oder eine vergleichbare Notlage droht (vgl. § 36 SGB XII). Mangels Ermächtigungsgrundlage, diese Leistungen nur darlehensweise zu übernehmen (zur Rechtsnatur des Darlehens als aliud: BSG 28.2.2013 – B 8 SO 4/12 R, NZS 2013, 518), sind sie als **Zuschuss** zu erbringen.

4. Notwendiger persönlicher Bedarf

- 45 Für die Erbringung des notwendigen persönlichen Bedarfs sah Abs. 3 S. 5 im Grundsatz die Gewährung von **Geldleistungen** vor. Durch die Änderung in Satz 5 zum 16.5.2024 (→ Rn. 14) erhält die Leistungsbehörde die gleichberechtigte Möglichkeit, den notwendigen persönlichen Bedarf nach ihrem Ermessen auch in Form der **Bezahlkarte** zu erbringen. Das LSG Hamburg (24.7.2024 – L 4 AY 8/24 B ER, BeckRS 2024, 18636) hat im Eilrechtsschutz einen Anordnungsgrund im Fall einer Bezahlkarte mit einer Bargeldobergrenze von 50 Euro verneint. Damit ginge kein so wesentlicher Nachteil einher, dass der Erlass einer